

## Hintergrund und Fakten zur Sanierung der Kölner Bühnen

1. Durch die Wachsamkeit und den Einsatz von über 50.000 Bürgerinnen und Bürgern wurde der Rat überzeugt, vom Abriss des Schauspielhauses und der Opernterrassen Abstand zu nehmen und ein Neubauprojekt zu verwerfen, das die notwendigen Verbesserungen des Bühnenbetriebs nicht mehr gewährleisten konnte.
2. Am Runden Tisch wurde mit den Intendanten beider Häuser, den Dezernenten für Planen und Bauen sowie Kunst und Kultur, den Vertretern des Bürgerbegehrens und allen namhaften Akteuren der Kölner Kultur Einvernehmen über ein Sanierungskonzept erzielt, die sogenannte „Variante 6“.
3. Dieses Sanierungskonzept – laut Baudezernent Streitberger ein „Befreiungsschlag“, der den Kölner Bühnen eine „zukunftsstaugliche Lösung für die nächsten 3-5 Dekaden“ bietet – ist dem zuvor beschlossenen „abgespeckten Neubau“ in dreifacher Hinsicht überlegen: funktional, betriebstechnisch und im Hinblick auf die Betriebskosten; allein durch die geringeren Betriebskosten ergeben sich bereits mittelfristig Kostenvorteile in mehrstelliger Millionenhöhe – Jahr für Jahr 5,9 Millionen Euro, so die eigenen Berechnungen der Stadtverwaltung.
4. Von der Stadt beauftragte Experten haben die Baukosten für die „Sanierungsvariante 6“ auf Grundlage seriöser und belastbarer Berechnungen einschließlich großzügiger Sicherheitsmargen mit knapp 40 Millionen Euro weniger veranschlagt als die Kosten für den nie seriös durchgerechneten und gleichwohl beschlossenen Neubau.
5. Die Kostenberechnung für die Sanierung beruht in allen Elementen auf Maximalannahmen; mögliche Kostenreduzierungen durch Anpassungen, die das Gesamtkonzept nicht gefährden, sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.
6. Mit der von der Stadt in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie und den Ergebnissen des Runden Tisches hätte der Rat am 7.10.2010 die zügige Umsetzung der Sanierungsvariante 6 in vollem Umfang beschließen können.
7. Stattdessen „scherte die SPD kurz vor Sitzungsbeginn aus, setzte den Grünen die Koalitionspistole auf die Brust und erwirkte zwei Änderungen in der von ihrem Oberbürgermeister mitgetragenen Verwaltungsvorlage, die das Projekt zwar nicht mehr kippen, aber um seinen Gehalt und seine Stimmigkeit bringen können.“ So Andreas Rossmann in der FAZ.
8. Die neue Beschlussvorlage fordert die Verwaltung auf, den möglichen Verzicht auf die in der Variante 6 enthaltene Sanierung der Opernterrassen mit Studiobühne und Realisierung der Kinderoper am Offenbachplatz zu prüfen und dabei  
„**priorisiert zu bewerten**, welche alternativen Nutzungsmöglichkeiten für die Opernterrassen bestehen. Neben einer möglichen kulturellen Nutzung

soll die Prüfung dabei insbesondere auch Aussagen treffen zu den **Möglichkeiten einer wirtschaftlichen (rentierlichen) Nutzung des Gebäudes.**“  
(Quelle: Website der Stadt Köln, Hervorhebungen durch uns)

9. Dieser Prüfauftrag an die Verwaltung ruft in Erinnerung: Schon vor dem Bürgerbegehren war geargwöhnt worden, das halsstarrige Festhalten an dem in die Höhe gestapelten Neubau könnte damit zu tun haben, dass es Begehren von Investoren für eine „rentierliche Nutzung“ von Teilen des Grundstücks gibt. Und im Vorfeld des Wettbewerbs für den Neubau hat es am informellen Rande der Ratssitzungen schon einmal Diskussionen über ein Spielcasino am Offenbachplatz gegeben.
10. Aus dem „Befreiungsschlag“ und der „zukunftsstauglichen Lösung für die nächsten 3-5 Dekaden“ droht eine Rumpflösung mit kommerzieller Teilverwertung zu werden, mit der Köln sich wieder einmal lächerlich machen würde, denn schließlich war es, um noch einmal Andreas Rossmann zu zitieren, „diese mangelnde Fähigkeit oder auch nur Bereitschaft der Politik, sachdienliche Entscheidungen zu treffen und zügig umzusetzen, mit der sich die alte Kulturstadt Köln in den letzten Jahren immer wieder geschwächt und blamiert hat“.

Unterdessen wird Oberbürgermeister Jürgen Roters nicht müde, entgegen der Wahrheit öffentlich zu erklären, die Sanierung sei genauso teuer wie der Neubau, und das Bürgerbegehren habe mit falschen Informationen Politik betrieben. Dabei hat nicht zuletzt der renommierte Verwaltungsfachmann Dr. Krems (Professor a. D. der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung) nachgewiesen, dass die Sanierungskosten durch die Stadt künstlich hochgerechnet werden.

OB Roters begleitet die weitere Entwicklung des Opernquartiers ressentimentgeladen statt moderierend. In einem Interview des Kölner Stadt-Anzeigers vom 21.10.2010 bekundet er, dass er das erfolgreiche Bürgerengagement zur Verhinderung eines unsinnig gewordenen Projekts nicht für eine Stärkung dieser Stadt hält, sondern für ein lästiges Problem: „Erspart hätte ich mir gerne die Probleme beim Opernquartier. Das Bürgerbegehren und die Entscheidung des Rates, diesem Begehren beizutreten, haben die Sache kompliziert gemacht.“

## Quellen

- Ratsbeschluss: [http://www.olev.de/w/fs/ok/Ratsbeschluss\\_Opernquartier\\_2010-10-07.pdf](http://www.olev.de/w/fs/ok/Ratsbeschluss_Opernquartier_2010-10-07.pdf)
- Machbarkeitsstudie: <http://www.stadt-koeln.de/5/kulturstadt/opernquartier/>
- Stellungnahmen von Dr. Krems: <http://olevde.wiki.zoho.com/Opernquartier-Koeln.html>
- Zusammensetzung des „Runden Tisches“:  
[http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Einladungskreis\\_Runder\\_Tisch\\_27.6.10.pdf](http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Einladungskreis_Runder_Tisch_27.6.10.pdf)